

Die Nationalisierung der Sicherheitspolitik in der EU

Autor(en): **Schilling, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **182 (2016)**

Heft 9

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-630292>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Nationalisierung der Sicherheitspolitik in der EU

Nicht erst seit den äusserst unterschiedlichen Reaktionen der EU-Staaten auf den gewaltigen Zustrom von Migranten aus Asien, dem Nahen Osten und Afrika nach Europa ist offenbar geworden, dass es in unserer Epoche immer schwieriger wird, eine gemeinsame «europäische Sicherheitspolitik» zu betreiben.

Walter Schilling

Schon die unterschiedlichen Einschätzungen der aktuellen Herausforderungen und das uneinheitliche Vorgehen der EU-Staaten haben uns schon frühzeitig darauf hingewiesen, dass mit Blick auf die Sicherheitspolitik in der Europäischen Union längst ein grundlegender Wandel im Gange ist. Dieser Wandel scheint zum einen darauf zurückzugehen, dass man in den einzelnen europäischen Ländern den instrumentellen, funktionalen Daseinsgrund des Staates, den Schutz der Bürger nach innen und aussen, unterschiedlich wahrnimmt. Zum anderen fällt die unterschiedlich ausgeprägte Bereitschaft der

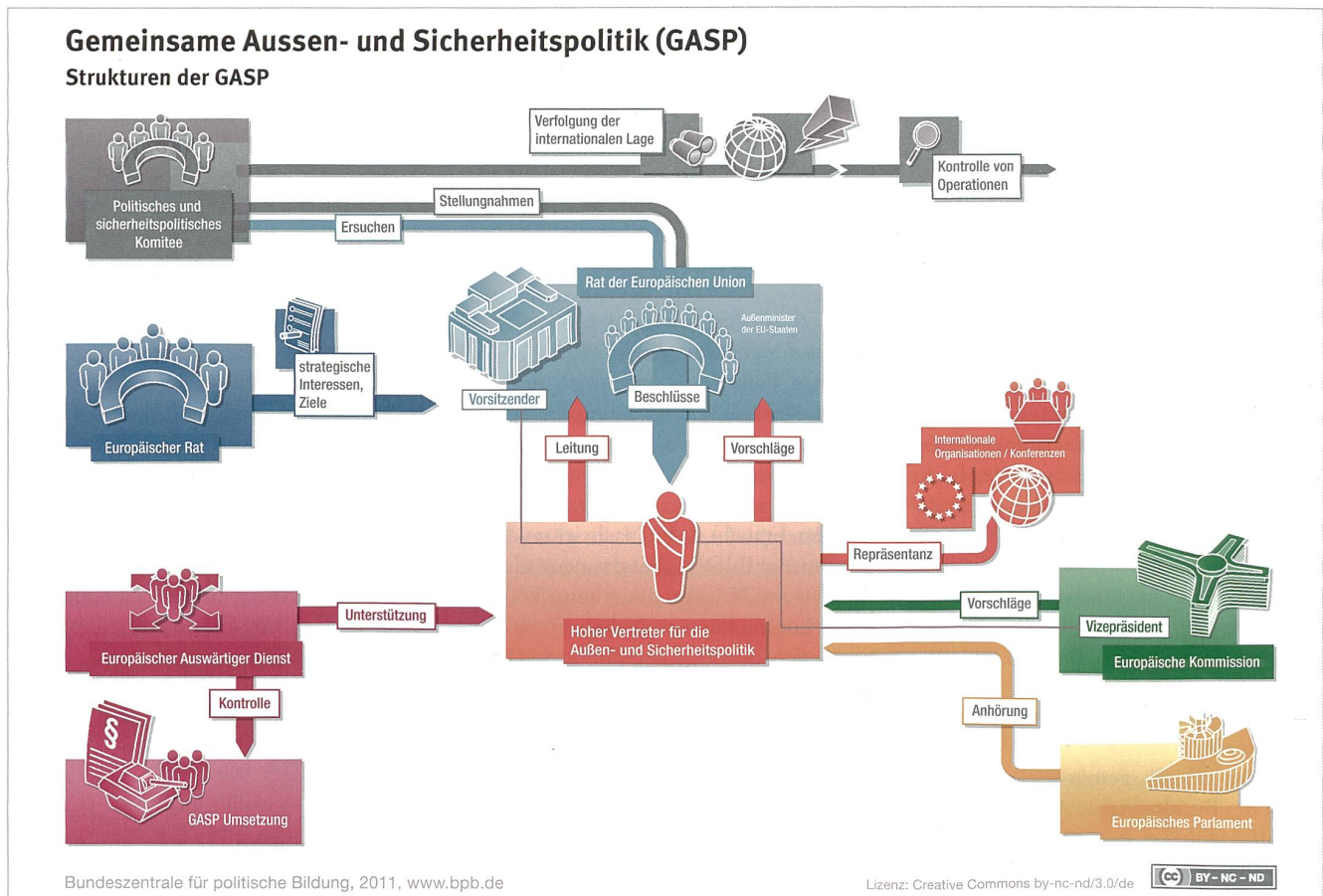
Gesellschaften auf, für ihren Schutz und die Durchsetzung ihrer vitalen Interessen die angemessenen «Opfer» zu bringen.

Betonung der nationalen Interessen

Den sicherheitspolitischen Herausforderungen wirksam zu begegnen, ist schon deshalb schwierig, weil es auf wichtigen Feldern der Politik kein einheitliches Interessenprofil in der Europäischen Union gibt. In der Tat lässt sich nicht leugnen, dass mit dem Versagen der Europäischen Union, ihre Aussengrenzen zu sichern und eine praktikable gemeinsame Antwort auf die Frage des gewaltigen Zustroms von Migranten aus Asien, Afrika und dem Nahen

Osten zu finden, die Sicherheitspolitik des Staatenverbundes in eine neue Phase eingetreten ist. Die von einigen Regierungen, der EU-Kommission und dem EU-Parlament erhobene Forderung nach einer gerechten Verteilung der Migranten auf die Mitgliedsländer der Europäischen Union bleibt nicht nur eine Quelle heftigen Streits. Es setzt sich in den meisten EU-Staaten auch die Tendenz fort, die Kontrolle über die nationalen Grenzen wieder in die eigene Hand zu nehmen.

Das Gewicht nationalstaatlich begründeter und organisierter Sicherheitspolitik erweist sich inzwischen als so gross, dass die häufige Beschwörung der «Wertegemeinschaft» Europas, der Appell an die So-



lidarität und die Androhung von Sanktionen keine substantielle Wirkung erzielen. Vielmehr verstärken solche Versuche führender Repräsentanten der höchsten EU-Institutionen sogar die Neigung bei den angesprochenen nationalen Regierungen, ihren Weg unbeirrt weiter zu gehen. Die meisten EU-Staaten wollen keine oder nur wenige Migranten aufnehmen. Sie fühlen sich dazu weder rechtlich noch moralisch verpflichtet und achten strikt darauf, ihre nationale und kulturelle Identität nicht zu gefährden. Feste Aufnahme-Quoten kommen insbesondere für Länder wie Grossbritannien, Irland, Dänemark, Slowenien, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und die baltischen Staaten nicht in Frage. Sie wollen die Bedingungen, unter denen Migranten aufgenommen werden, selbst bestimmen. Zwar ist den Regierungen und politischen Eliten auch in diesen Ländern bewusst, dass es schon lange keine ethnisch homogene Staatlichkeit mehr gibt. Doch verstehen sich die Gesellschaften in den einzelnen Nationalstaaten zu Recht als politische Willensgemeinschaften und als Geschichtssubjekte, die ihre eigene Identität haben und behalten wollen. Die damit einhergehende Betonung der nationalen Souveränität ist keine Rückkehr zu den Denkmustern des 19. Jahrhunderts. Sie reflektiert lediglich ein tieferes Verständnis der eigenen Interessen. Die unterschiedliche Ausprägung dieser Sichtweise in den Mitgliedsländern der Europäischen Union können wir täglich beobachten. Sie lässt sich weder durch die vielfach geforderte Anpassung an die Ideologie der «politischen Korrektheit», noch durch Verordnungen aus Brüssel beseitigen.

Wenngleich die charakteristische Betonung der nationalen Interessen und die sich daraus ergebenden Verhaltensweisen derzeit besonders mit Blick auf die unterschiedlichen Reaktionen auf die gewaltige Zuwanderung nach Europa auffallen, können wir eine Nationalisierung auch in anderen Bereichen der Sicherheitspolitik beobachten. So zeigen etwa Grossbritannien und Frankreich ein deutlich anderes Verhalten mit Blick auf den Einsatz ihrer militärischen Streitkräfte zur Verteidigung ihrer nationalen Interessen als die Bundesrepublik Deutschland. Polen sieht im Vergleich zu anderen EU-Ländern eher die Verteidigung des eigenen Territoriums im Vordergrund und erscheint immer weniger geneigt, militärischen Einsätzen ausserhalb des Landes zuzustimmen. Und die aktuellen Tendenzen deuten darauf hin,

dass auch die Regierungen der übrigen Staaten Ostmitteleuropas und des Baltikum ähnlich denken.

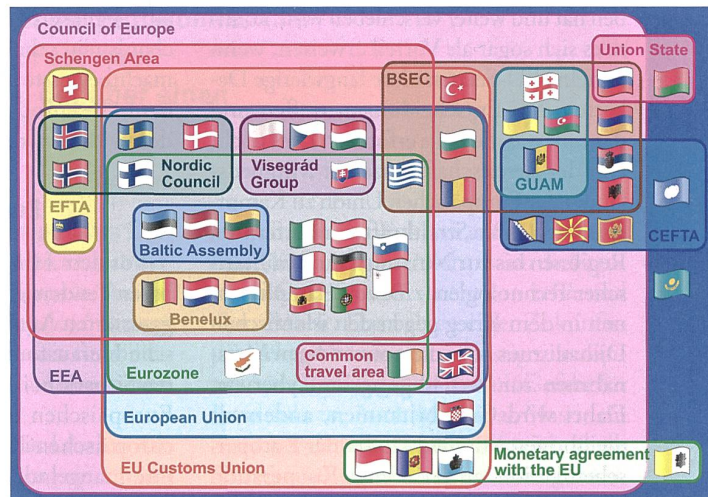
Auch im Hinblick auf die wirtschaftliche und soziale Sicherheit schälen sich die nationalen Interessen immer klarer heraus. Sollte die gemeinsame Währung des Euro einst als Instrument dienen, um die stark divergierenden Wirtschaftssysteme der EU-Staaten zu homogenisieren, so hat sich dieser Ansatz im Zuge der Griechenland-Krise als völlig untauglich erwiesen. Der Streit um die gemeinsame Währung und die Massnahmen zu ihrer Rettung vergifteten das Verhältnis der europäischen Nationen. Die meisten Euro-Länder versuchen nunmehr, sich den ökonomischen Zwängen zu entziehen. Sie wehren sich gegen die Regeln, die der Beitritt zur gemeinsamen Währung mit sich brachte und betonen zunehmend ihre nationale Souveränität. Dabei sucht insbesondere Frankreich mit seiner beharrlichen Forderung nach einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung für die Euro-Zone sein nationales Interesse an einer Transferunion in europäische Formeln zu kleiden.

Darüber hinaus treten in der bedeutenden Frage der Energiesicherheit Europas immer stärker die unterschiedlichen Interessen und nationalen Ansätze hervor. Während die Bundesrepublik Deutschland die Nutzung der Kernkraft zur Energiegewinnung beenden will, setzen andere EU-Staaten, wie z. B. Grossbritannien, Frankreich, Finnland und Tschechien, weiterhin auf diese Technik. Auch in Polen orientiert man sich in Richtung Energie-souveränität. Die Nutzung von Schiefergas, Kohle und Kernkraft steht hier im Mittelpunkt. Angesichts der tiefen Zersplittertheit in der Europäischen Union in der Energiepolitik bleibt der Trend ungebrochen, die Sicherheit der Energieversorgung auf nationalem Wege zu erreichen.

Konsequenzen

Realismus zwingt uns zu erkennen, dass es der Europäischen Union angesichts der machtvollen Tendenzen in den einzel-

nen Mitgliedsländern zur Betonung und Durchsetzung ihrer nationalen Interessen nicht gelingen kann, eine konsistente gemeinsame Sicherheitspolitik zu praktizieren, die sich auf alle Bereiche erstreckt. Dies muss aber nicht bedeuten, die inter-



Supranationale Körperschaften in Europa. Bilder: Wikipedia

nationale Politik dem Selbstlauf zu überlassen und auf die vielfältigen sicherheitspolitischen Herausforderungen keine Antwort zu geben. Schliesslich gehören zum Staatenverbund der Europäischen Union einige Länder, in denen die pazifistischen Grundströmungen und ideologischen Begrenzungen mit Blick auf den Einsatz von militärischen Streitkräften weniger stark ausgeprägt sind. So haben z. B. Frankreich und Grossbritannien – anders als Deutschland – nicht nur eine bruchlose Tradition in der Anwendung militärischer Macht. Die französischen und britischen Führungseliten scheinen auch eher in der Lage zu sein, Probleme in wichtigen Weltregionen ebenso wie die geographischen Räume im Vorfeld der europäischen Ausengrenzen machtpolitisch wahrzunehmen. Diese Fähigkeit bietet immerhin die Grundlage dafür, in nationaler Verantwortung geeignete Massnahmen zu ergreifen, um sicherheitspolitische Probleme zu lösen, ohne dass die speziellen Sichtweisen und Widerstände anderer Partnerstaaten das eventuell notwendige militärische Handeln verhindern.

Abgesehen von der Tatsache, dass Frankreich und Grossbritannien als Nuklearmächte einen Sonderstatus haben und alle damit verknüpften Fragen auch künftig im nationalen Kontext entscheiden wollen, erscheint die vom Präsidenten der EU-Kommission, Jean Claude Juncker, erneut vorgebrachte Idee einer «Europa-Armee»

schon angesichts der britischen Forderung nach sicherheitspolitischer Handlungsfreiheit und vor dem Hintergrund der engen Kooperation Grossbritanniens mit den USA unrealistisch. Da sich der Bedingungsrahmen militärischer Machtanwendung in unserer Epoche deutlich verschoben hat und weiter verschieben wird, könnte es sich sogar als Vorteil erweisen, wenn einzelne EU-Staaten ohne langwierige Debatten ihre Entscheidungen treffen und das tun, was die Lage erfordert. Dies reicht von der Bereitschaft einzelner Mitgliedsländer der Europäischen Union zu Kampfeinsätzen ihrer Streitkräfte in entfernten Regionen bis zur Nutzung neuer militärischer Technologien, z. B. von Kampfdrohnen in dem Krieg gegen den islamischen Djihadismus oder die notwendigen Massnahmen zur Verteidigung im Cyberwar. Dabei wird Grossbritannien, anders als die übrigen Mitgliedsländer der Europäischen Union, auch die enge Kooperation mit den USA auf dem sicherheitspolitisch so bedeutsamen Gebiet der Nachrichten-dienste fortsetzen.

An dem militärischen Engagement Frankreichs und Grossbritanniens bei der Bekämpfung der Terrormiliz IS (Islamischer Staat) in Syrien und im Irak kann man zudem ablesen, dass national bestimmtes sicherheitspolitisches Handeln europäischer Länder sinnvoll ist, lange Diskussionen vermeidet und wenig Anlass bietet, den betroffenen Regierungen in den Arm zu fallen. Die beiden EU-Staaten nehmen damit wichtige sicherheitspolitische Aufgaben wahr, die Europa als Ganzes derzeit nicht erfüllen kann. Und es ist in diesem Kontext zu erwarten, dass auch bei dem notwendigen Versuch, z. B. Tunesien und Libyen militärisch zu stabilisieren, nur das Engagement von EU-Staaten in Frage kommt, die ihre nationalen Interessen zu betonen pflegen.

Auch auf dem wichtigen Feld der Bewahrung wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit dürfte das Festhalten an nationalen Präferenzen nicht in jedem Fall ein Nachteil sein. Die Betonung der eigenen Sichtweise wird dabei helfen können, die beharrlich wiederholten Forderungen einiger Mitgliedsländer der Europäischen Union nach der Umverteilung finanzieller Ressourcen abzuwehren und die Notwendigkeit von Strukturreformen zu untermauern, die geeignet sind, die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Staaten zu verbessern.

Und mit Blick auf die Energiesicherheit wird man in absehbarer Zukunft ebenso wenig mit einer gemeinsamen Haltung der

EU-Länder rechnen können. Die Unterschiede in der Herangehensweise an diese bedeutsame sicherheitspolitische Frage dürften auch weiterhin bestehen bleiben. Angesichts der zum Teil recht grossen Abhängigkeit von auswärtigen Energielieferungen sollte man jedoch stärker als bisher auf gegenseitige Hilfe setzen und Mechanismen schaffen, die verhindern, dass machtbewusste Lieferländer, wie z. B. Russland, die europäischen Staaten auseinanderdividieren können.

Perspektiven

Vor dem Hintergrund der unverkennbaren Tendenzen zur nationalstaatlich organisierten Antwort auf sicherheitspolitische Herausforderungen und der prekären Situation, in die sich die Führung der Europäischen Union in Brüssel und die europäischen Regierungen selbst durch ihre mangelnde Flexibilität gebracht haben, macht es wenig Sinn, an ideologischen Vorstellungen festzuhalten, die längst nicht mehr in die Zeit passen. Vielmehr werden sich die Regierungen in Europa an der Realität orientieren, analytisch vorgehen und pragmatisch handeln müssen. Angesichts der dramatischen Entwicklungen in der Welt – von den brutalen Kriegen im Nahen Osten und dem Vordringen der islamischen Djihadisten in Afrika bis zu den gewaltigen Migrationsströmen – und der unüberwindbaren Schwierigkeit, darauf eine gemeinsame Antwort zu geben, sollte es niemanden überraschen, wenn das «Projekt Europa» nur als lockerer Staatenverbund überleben kann. Die Nationalstaaten werden de jure und de facto die zentralen Basiseinheiten der Europäischen Union bleiben. Der wachsende Zuspruch für politische Parteien in den meisten EU-Staaten, die sich der Vertretung nationaler Interessen in besonderer Weise angenommen haben, wird diese Tendenz weiter verstärken. Diese Parteien drängen beharrlich und mit Erfolg darauf, dass die Mitgliedsländer der EU auch die Sicherheitspolitik auf diese Entwicklung zuschneiden und in der täglichen Praxis zum Prinzip des Intergouvernementalismus zurückkehren. ■



Oberst i Gst a D
Walter Schilling
Dr. phil.
Freier Publizist
I-39012 Meran (Bz)

Das Wort des Cda

Geschätzte
Leserschaft
der ASMZ



Nach der Sommerpause steigen wir in eine zukunftsweisende zweite Jahreshälfte. Um das Erscheinungsdatum dieser Ausgabe herum sollte der Name des künftigen Cda bekannt werden, und in den kommenden Wochen und Monaten werden auch die weiteren Verantwortungsträger der künftigen Armee ernannt werden. Es ist wichtig, dass wir Klarheit darüber haben, wer wofür verantwortlich ist.

Die ersten WEA-Umsetzungen werden die Mitte 2017 beginnenden Kaderschulen sein, damit wir pünktlich auf den 01.01.2018 bereit sind. Abgeschlossen wird die Umsetzung der WEA plangemäss Ende 2021.

Warum aber soll die Weiterentwicklung der Armee (WEA) im Gegensatz zu den letzten Reformen (A95 und AXXI) ein Erfolg sein? Die Frage nach dem Erfolg ist in der Tat eine sehr berechtigte.

Für die Beantwortung dieser Frage ist es zentral, die kritischen Erfolgsfaktoren zu kennen. Personal, und zwar Miliz und Lohnempfänger. Kontinuität, insbesondere bezüglich Finanzen; zusammengefasst muss zugelassen werden, dass Planungen auch umgesetzt werden. Genau diese beiden Punkte wurden in der Vergangenheit nicht eingehalten.

Und da merken wir: Zur erfolgreichen Umsetzung braucht es eine gute Arbeit an der Basis, intensive Dienstleistungen, aber auch Kontinuität in der Planung und damit in den politischen Vorgaben; diese wiederum betreffen Aufgaben und Mittel – insbesondere Finanzen; zum einen für das Personal, zum anderen für die zeitgemässe Ausrüstung.

Ich verstehe durchaus, wenn jemand aus diesem Grund kritisch ist. Und darum möchte ich gerne alle, welche die Armee unterstützen, einladen, die ausgewogene und breit abgestützte Lösung mitzutragen und zum Erfolg zu bringen.

Allerdings ist der Beginn der Umsetzung der WEA nicht am 01.01.2018 oder Mitte 2017, sondern heute. Die Basis legen wir mit unserem täglichen Wirken, mit intensiver, zielgerichteter Arbeit in Schulen und Kursen.

Korpskommandant André Blattmann
Chef der Armee